

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/46. Jahrgang

Mai 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

Solidarität mit den streikenden Erzieherinnen und Erziehern der Kitas in Gießen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Kreisvorstand der DKP erklärt sich solidarisch mit Euch und Eurem Kampf um bessere Bezahlung, aber auch um die notwendige Anpassung der Vergütungen an die gewachsenen Aufgaben, die Ihr zu bewältigen habt.

Es ist nicht hinzunehmen, dass die Erziehung unserer Kinder, ihre Förderung und Betreuung, die ein Höchstmaß an Qualifikation und Empathie erfordert, derart gering geschätzt und noch immer nach Kriterien bemessen wird, die im vorigen Jahrhundert festgelegt wurden.

Es ist empörend, dass die verantwortlichen Politiker bisher noch nicht einmal ein Angebot vorgelegt haben. Wieder verschanzen sie sich hinter den angeblich leeren Kassen, die sie selbst verursacht haben. Von Ende der 90er Jahre bis 2013 haben Bund, Länder und Kommunen durch diverse Steuergeschenke auf insgesamt 484 Milliarden Euro verzichtet, die weitestgehend in den Kassen der Unternehmer gelandet sind. Auch von den 8 Milliarden Euro, die Schäuble neu zu verteilen hat, soll der größte Teil in die Rüstung fließen, statt sozialen Zwecken zu dienen.

Angesichts dieser Zahlen ist es eine Verhöhnung der Kinder, der Eltern und der Erzieherinnen und Erzieher, weiterhin zu behaupten, es sei kein Geld da.

Euer Kampf ist mehr als berechtigt; wir werden Euch dabei nach unseren Kräften unterstützen und den falschen Behauptungen der Herrschenden und der darin zum Ausdruck kommenden Missachtung entgegenreten.

Wir wünschen Euch viel Erfolg! - Mit solidarischen Grüßen - DKPGießen



Inhalt:

"Lex Ria Deeg"/SPD-Vergesslichkeit	S.2
Anträge Stadt/Wieseckau/Osteraktion	S.3
Ermordung Flüchtlinge/TTIP	S.4
W.-Brandt-Schule/Lehrerstellen	S.5
System verlogen/Radfahren f. Eritrea	S.6
Kobane/Buchenwald/Leserbrief	S.7
Termine/Kuba-Brigade	S.8



Heraus zum 1. Mai - aus dem Aufruf der DKP

... Schon im Herbst dieses Jahres will die Bundesregierung mit ihrem sogenannten Tarifeinheitsgesetz die Arbeitskampfbedingungen zugunsten des Kapitals verbessern. In Unternehmen, in denen mehrere Gewerkschaften vertreten sind, darf dann nur noch die Mehrheitsgewerkschaft zum Arbeitskampf aufrufen. Hingewiesen wird dabei immer auf die GDL, doch gemeint sind alle Gewerkschaften.

Daran wird deutlich, dass die Bundesregierung nicht die Mehrheit der Menschen in diesem Land vertritt, sondern diejenigen, die aus der Lohnarbeit ihren Profit ziehen. Hier muss Kapital und Kabinett aufgezeigt werden: **Ohne uns. Wir werden unser Streikrecht verteidigen!...**

Der vollständige Text steht hier: news.dkp.suhail.uberspace.de/2015/04/1-mai-2015-aufruf-der-dkp/

Für Frieden und Sozialismus! DKP

„Lex Ria Deeg“ soll Ehrung verhindern

Im Gerangel um die Ehrung der Gießener antifaschistischen Widerstandskämpferin Ria Deeg (s. GE 4/15 u. a.) hat sich der Magistrat eine weitere Mausechlei ausgedacht.

Anscheinend soll diese längst überfällige Ehrung so weit herausgezögert werden, bis durch den zunehmenden Geschichtsrevisionismus die Ehrung von Antifaschisten ganz verhindert werden kann.

Wenn nun mit einer „Lex Ria Deeg“ beschlossen werden soll, dass Ehrungen erst nach dem 20. Todestag (bisher 10.) vorgenommen werden

dürfen, kann das nicht anders interpretiert werden.

Mehr als 70 Jahre ist es her, dass Ria Deeg mit ihrem antifaschistischen Widerstandskampf ihr Leben riskierte und für Jahre ins Zuchthaus gesperrt wurde; 1987 wurde sie in einer eigens hierfür einberufenen Feierstunde mit der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen ausgezeichnet; 15 Jahre sind seit ihrem Tod vergangen – worauf soll noch gewartet werden? Dass die Gießener SPD – einschließlich ihrer Oberbürgermeisterin – sich jetzt so aus der Verantwortung stiehlt,

ist erbärmlich. - Von den Grünen ist nichts anderes zu erwarten.

Nun hat sich der Magistrat entschlossen, eine Straße nach Georg Elser zu benennen, der 1939 ein leider missglücktes Attentat auf Hitler verübte, dafür fast sechs Jahre ins KZ gesperrt und im April 1945 auf Befehl Hitlers erschossen wurde.

Dagegen gibt es keinerlei Einwände, aber es riecht nach einer Alibi-Handlung. Ob dem Magistrat bekannt ist, dass Georg Elser Mitglied im Roten Frontkämpferbund, vielleicht sogar ein Kommunist war? Erika Beltz



Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.

Als sie die Sozialdemokraten
einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.

Martin Niemöller

Die Geschichtsvergessenheit der SPD

Just am Vorabend des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus hat die hessische SPD – angefangen vom Landesverband über MdB Rüdiger Veit bis hin zum Ortsverein – einer verstorbenen Genossin gedacht, die 90 Jahre Mitglied der SPD war. In dem Nachruf heißt es: „Nach ihrem Eintritt... erlebte und erlitt Grete zwei Diktaturen auf deutschem Boden.“

Dass die SPD große Routine im Verdrängen und Verdrehen ihrer eigenen Geschichte hat (Kriegskredite, Berufsverbote, völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf Jugoslawien...), ist nichts Neues. Einen Nachruf zur Geschichtsfälschung zu benutzen, schon. Es waren Kommunisten und Sozialdemokraten, die während des Faschismus gemeinsam in den Zuchthäusern und KZs saßen, verfolgt und hingerichtet wurden – und die damals sich vorgenommen haben, künftig auch gemeinsam für Frieden und Demokratie zu kämpfen.

Es waren Sozialdemokraten und Kommunisten, die in Ostdeutschland mit dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD dafür die Grundlage schufen. Im Westen dagegen, wo dieser Wille ebenso stark war, wurde er ignoriert und von der rechten SPD-Führung hintertrieben.

Der heutige „Antifaschismus“ nicht allein der Gießener SPD scheint fragwürdig. Es ist nicht nur der Eiertanz um die Ehrung von Ria Deeg und die Tatsache, dass Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz stattfinden können; noch schwerwiegender ist die Hofierung der Faschisten in der Ukraine, die mit in der Regierung sitzen, die morden und zum Mord aufrufen – und die von der Koalition aus CDU und SPD in Berlin unterstützt werden.

Erika Beltz

Kreiskonferenz der DKP Gießen

Am 23.4. wurde auf der Kreiskonferenz der DKP Gießen der neue Vorstand gewählt. Neben den bisherigen Mitgliedern Erika und Michael Beltz sowie Gernot Linhart wurden Gunter Geis, Rainer Grabowski und Henning Mächerle hinzu gewählt. Einstimmig wurde beschlossen, dass ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit die Durchsetzung der Forderung nach der Ehrung der Gießener Kommunistin und Widerstandskämpferin Ria Deeg sein wird. Als Delegierte zum 21. Parteitag der DKP im November 2015 wurden Erika Beltz und Pablo Graubner gewählt. Der Kreisrevisionskommission gehören an: Sabine Albrecht, Helmut Appel und Axel Brück.

Anträge an das Stadtparlament

Wohnungsbau

Der Magistrat wird beauftragt, zukünftige Investoren von Bauvorhaben zu verpflichten, 20% des geplanten Wohnraums kostengünstig – in Anlehnung an den sozialen Wohnungsbau – zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Da die bisher von den Investoren projektierten ca. 1000 Wohnungen von einem Großteil der Bürger nicht bezahlt werden können, erscheint dies erforderlich. Beispiele sind aus anderen Städten bekannt.

Der Sinn des Wohnungsbaus kann nicht alleine darin liegen, Spekulationen zu fördern.

Schwanenteich

Außerdem wird der Beschluss, mit dem dem Bürgerbegehren zur Erhaltung des Schwanenteiches entsprochen wurde, erneut zur Ab-

stimmung vorgelegt.

Begründung:

Dieser vom Stadtparlament im November 2012 gefasste Beschluss, mit dem dem Bürgerbegehren der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ entsprochen wurde, gilt bis zum 29.2.2016. Die nun - entgegen vorherigen gegenteiligen Versprechungen - in der Wieseckau geplanten Events und Großveranstaltungen lassen befürchten, dass auch die natürliche Belassenheit des Schwanenteiches wieder gefährdet ist.

Die Stadtverordnetenversammlung sollte daher den damaligen Beschluss erneuern und damit zeigen, dass Begriffe wie „Bürgerwille“ und „Bürgerbeteiligung“ für sie keine leeren Worte sind und sie die tausenden Gießener, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben, ernst nimmt.

Beide Anträge - wie auch die "Lex Ria Deeg" - stehen u.a. am 7. Mai zur Abstimmung.



Wieseckau: Landschaftsschutz wird missachtet

Dass die Gartenschau dieser Stadt keinen merklichen Zuwachs von Grünzonen gebracht hat, dürfte mittlerweile auch dem letzten Befürworter der Gartenschau deutlich geworden sein! - Das Gegenteil ist der Fall - die Verantwortlichen dieser Stadt setzen bei Neugestaltung innerstädtischer Plätze lieber auf Beton anstatt auf begrünte Aufenthaltsorte (siehe Berliner Platz, Kirchenplatz, Bahnhofsvorplatz u.v.m.).

Wie am 24. 3. bei einer eilig einberufenen Informationsveranstaltung zu den »Naturschutzfachlichen Maßnahmen auf dem Landesgartenschauengelände« von Bgm. Weigel-Greulich ausgeführt wurde, handelt es sich bei der Wieseckau um eine **»Kulturlandschaft, die ständige Eingriffe erfordere«**. Was sie aber noch nie erwähnte (oder einfach nur „vergessen hat, zu erwähnen“?), ist der Erhalt und die Sicherung dieses **Landschaftsschutzgebietes**.

Dieses wurde mit der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Lahn-Dill“ von 1996 bestimmten Beschränkungen - auch in der Nutzung - unterworfen!

Diese aber werden gerade von der Verwaltungsspitze dieser Stadt völlig ignoriert und von den ausführenden Ämtern ausgeblendet.

(aus einer Pressemitteilung der BI)

Osteraktionen der Friedensbewegung in Gießen und Frankfurt

Die Ostermarsch-Bewegung ist in Gießen präsent. 55 Jahre nach dem ersten deutschen Ostermarsch fand am Samstag vor Ostern im Seltersweg eine Kundgebung statt. Sprecher verschiedener Organisationen forderten das Ende von Krieg und gewaltsamen Konflikten. Der Gießener DGB-Vorsitzende Klaus Zecher wies in seinem Beitrag darauf hin, dass vor allem die ungleiche Verteilung von Gütern zu Gewalt und Kriegen führt. Eine große Rolle in den Reden spielte das geplante Handelsabkommen TTIP, mit dem das Recht der Konzerne

auf immergrößere Profite abgesichert werden soll. Die Gesetzgebung der einzelnen Staaten soll durch einen internationalen Vertrag eingeschränkt

werden. Zu diesem Thema fand 14 Tage später am gleichen Ort eine weitere Kundgebung statt, die Teil einer EU-weiten Aktion gegen das zwischen USA und EU vorgesehene Abkommen war. Im Rahmen dieser gelungenen Aktion konnten einige hundert Unterschriften gegen TTIP gesammelt werden. - Unser Foto zeigt die nördliche Route des Ostermarsches mit den Teilnehmern aus Gießen, der von Rödelheim bis zur Abschlusskundgebung auf dem Römer in Frankfurt führte. Gernot Linhart



Stoppt die Ermordung von flüchtenden Menschen an Europas Grenzen!

Die Festung Europa hat in den letzten 25 Jahren zu zehntausenden Todesopfern im Mittelmeer geführt. Alleine am 18.04.2015 kamen bis zu 1.100 Menschen auf See ums Leben. Zur Seenotrettung sieht sich die EU allerdings nicht verpflichtet, sie unterhält gar die Grenzschutzagentur „Frontex“, um Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen abzuwehren, anstatt die dorthin fließenden Millionen in Projekte zu stecken, die eine sichere Seeüberquerung gewährleisten könnten.

Doch das wahre Interesse der Politiker der europäischen NATO-Staaten, die mit ihren Interventionen in Libyen und Syrien, in Afghanistan und Irak zu dem Flüchtlingselend beitragen und es mit verursacht haben, zeigt sich, wenn sie noch einige Tage vor der jüngsten Katastrophe über ein „klares Bekenntnis zur Rückführung abgelehnter Flüchtlinge“ sprechen und für den 8. Mai zum „Abschiebegipfel“ ins Kanzleramt laden.

An allen Enden und Ecken dieser Gesellschaft wird versucht, Stimmung gegen diejenigen zu machen, die solchen Katastrophen entgehen konnten und es bis nach Europa geschafft haben. So auch in Gießen, wo rechte

Kräfte mithilfe unwahrer Behauptungen Vorurteile gegenüber Flüchtlingen in der Bevölkerung schüren. Doch damit spielen sie der Politik der imperialistischen Großmächte in die Arme, die keine Verantwortung übernehmen möchten für die humanitären Katastrophen, die ihre Kriege zur Absicherung von Absatzmärkten, Rohstoffen und Einflussspähren verursachen.

Habt keine Angst vor den Menschen, die genauso wie die meisten von euch auf der Suche nach einem besseren Leben sind, das frei von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung

ist. Redet mit ihnen, euren Freundinnen und Freunden, Klassenkameraden, Kolleginnen über die Ursachen von Armut, Krieg und Flucht und ihr werdet erkennen, dass ihr gemeinsam für eine bessere Welt sorgen könnt.

Kommt zu den Protesten gegen den G-7-Gipfel am 7./8. Juni und zum Festival der Jugend am 22.-25. Mai, um gemeinsam mit uns gegen dieses menschenverachtende System zu kämpfen.

Ein Beitrag der SDAJ Gießen/ Marburg. - <http://www.sdaj-hessen.de/category/giesenmarburg/>



TTIP: Maulkorb für Städte und Gemeinden

EU-weit wächst der Widerstand gegen das zwischen USA und EU geplante Abkommen „Transatlantic Trade- and Investment-Partnership“ (TTIP). Je mehr die Bürger erkennen, welche Folgen der Abschluss eines solchen Vertrages hätte, desto stärker wird die Gegenwehr. EU-Spitze und nationale Regierungen versuchen den Protest zu behindern. Eine nach dem Lissabonner EU-Vertrag mögliche Bürgerinitiative wurde mit fadenscheinigen Begründungen nicht zugelassen.

Inzwischen hat sie als selbstorganisierte Initiative bereits mehr als 1,6 Millionen Unterschriften in allen EU-Ländern gesammelt. Auch auf kommunaler Ebene organisiert

sich Widerstand. In Deutschland gibt es schon in mehr als 133 Städten und Gemeinden Beschlüsse von Gemeindevertretungen und Stadtparlamenten, die den Vertrag ablehnen. Auf einer Kundgebung im Seltersweg



sagte die Landrätin Anita Schneider, auch der Gießener Kreistag habe einen Beschluss gegen TTIP verabschiedet. Für die kommunalen Initia-

tiven gibt es gute Gründe. Mit dem Handelsabkommen würde in die eh schon schwache kommunale Selbstverwaltung eingegriffen. Die Konzerne, die bei der Beratung über TTIP den Ton angeben, wollen immer größere Bereiche der Daseinsfürsorge, von Bildung, Verkehr, Kultur bis zur Krankenversorgung privatisieren und dem Profitsystem unterwerfen. Die Gegenwehr auf kommunalen Ebenen wollen EU-Führung und Regierungen unterbinden. Dazu hat der wissenschaftliche Dienst des Bundestages ein sogenanntes Gutachten veröffentlicht, nach dem die Behandlung von TTIP und anderen internationalen Verträgen in kommunalen Gremien unzulässig sei. Dieser Maulkorb wird die Welle der Ablehnung nicht stoppen können. Gernot Linhart

Kreis: Auf Millionen kommt's nicht an

Allein schon die Entstehungsgeschichte gibt zu denken: Da besucht der Schulausschuss im Frühjahr die Gebäude im Depot um mögliche Ausweichquartiere zu besichtigen, die die Willy-Brandt-Schule während der Sanierung nutzen könnte, da kommt die Idee auf: Warum kaufen wir nicht den ganzen Laden. Ganz so, als komme es auf die Millionen nicht an, die dabei anfallen.

Denn das war die Ursprungsidee: Sanierung der Gebäude und Ausbau am alten Standort, auch hierfür sind stolze 15,5 Mio. Euro notwendig. Dafür sind auch schon 300.000 Euro Planungsmittel verausgabt worden. Die „spontane“ Idee während des Besuchs beim Großinvestor Breitlich im Depot hat dann den Horizont bei der Koalition - besonders bei der SPD und den Grünen - im wahrsten Sinne des Wortes „geweitet“.

Jetzt wurden alle weiteren möglichen Modelle – von der Anmietung über Neubau bis zum Kauf der sanierten Gebäude im Depot – berechnet: alle um mehrere Millionen bis zum Doppelten der Sanierungskosten teurer. Entschieden haben sich SPD, Grüne und FW (gegen alle Parteien und Gruppen der Opposition) für den Kauf sanierten Gebäude im Depot – Mehrkosten 8 Mio. Euro. Die mit Abstand preiswerteste Lösung – die Sanierung am seit 35 Jahren genutzten, bewährten Standort – wurde verworfen. Warum?

Die Idee für den neuen Standort wurde vehement von der Grünen Bürgermeisterin Frau Weigel-Greilich vertreten. Ihr und der Stadt ging es dabei von Anfang an darum, die Schule aus dem städtischen Wohngebiet zu entfernen und das Gelände – ein Filetstück, wie allenthalben beteuert wird

– für anspruchsvolle, lukrative Wohnbauten (vielleicht des Investors Breitlich?) zu nutzen. Dabei wurde immer wieder über den störenden Parksuchverkehr der Schüler lamentiert, ganz so, als ob nicht alle weiterführenden Schulen in der Stadt ähnliche Folgen zeigen würden.

Damit setzt sich das fort, was CDU, FDP und FW vor 10 Jahren mit dem Verkauf des Landratsamts und dem „Umzug“ in die angemieteten River Barracks begonnen haben: Die Säuberung des städtischen Zentrums von wichtigen Einrichtungen, Institutionen und Funktionen der Daseinsvorsorge – Arbeit und Lernen. Denn so wenig wie Verwaltungen gehören Schulen in die ehemals militärisch genutzten, heutigen Gewerbegebiete am Stadtrand.

Reinhard Hamel, Kreistagsabgeordneter des Linken Bündnisses

"Vom arabischen Frühling zum Islamischen Staat"

In einer von DKP, SDAJ und VVN Gießen organisierten Veranstaltung berichtete die Journalistin Karin Leukefeld, die gerade aus Damaskus zurückgekehrt war, über die derzeitige Lage in Syrien und den Nachbarländern. Die jetzt herrschende Gewalt wurde erst durch die früheren



Kolonialmächte ausgelöst. Der Krieg in Syrien sei weder ein Bürgerkrieg

noch ein Religionskampf, sondern dort führten fremde Mächte wie EU, NATO,

Türkei und arabische Monarchien einen Krieg auf dem Rücken der syrischen Bevölkerung. Der einzigen positiven Entwicklung in der Region, die Selbstverwaltung in den von syrischen Kurden bewohnten Kantonen, sei Erfolg zu wünschen. Es sei aber zu befürchten, dass die den Krieg führenden Kräfte den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft nicht zulassen. G.L.

CDU-Grüne in Hessen kürzen Lehrerstellen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisierte unlängst die Stellenzuweisungen des Hessischen Kultusministeriums. Danach seien im Bereich des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis 48 Lehrerstellen gestrichen worden. Laut CDU-Fraktion im Stadtparlament seien jedoch nur etwa 10 Stellen weniger weggefallen, unter anderem auf Grund der sinkenden Schülerzahlen.

Auch der Stadtschülerrat zeigte sich überrascht. Es sei der „falsche Weg“, Lehrerstellen zu kürzen, obwohl die Aufgaben bei der Schul- und Unter-

richtsgestaltung immer größer werden. Nicht hinnehmbar ist es, wenn Stellenstreichungen schön gerechnet werden, um die Verschlechterungen zu verschleiern.

Dass dies nur eine bewusste Irreführung ist, zeigt die kleine Anfrage des Abgeordneten Gerhard Merz (SPD) an den Hessischen Landtag. Danach ist in ganz Hessen die Zahl der Lehrerstellen um 534 zurückgegangen, bei einer Zunahme von nur 51. Es ergibt sich also ein Rückgang um 483 Stellen. Im Koalitionsvertrag steht: „Wir halten an der 105prozentigen Lehrerversorgung im Landesschnitt

fest. Die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen um 6 bis 8 Prozent bis zum Jahr 2019 frei werdenden Lehrerstellen werden wir im Bildungssystem belassen und nutzen, um die nachfolgenden Verbesserungen zu erreichen.“ Wie also will die Hessische Landesregierung den Stellenabbau begründen? - Bis Redaktionsschluss lag die Antwort noch nicht vor. Dass Wahlversprechen und Koalitionsvereinbarungen gebrochen werden, ist üblich. Im Interesse unserer Kinder müssen Kürzungen und Verschlechterung gerade im Bildungsbereich bekämpft werden. Rainer Grabowski

Verlogenheit des Systems

Gerade starb Deutschlands bekanntester Schriftsteller, Nobelpreisträger, Günter Grass. Er erdachte so skurrile Figuren wie Oskar Matzerath, der durch sein Schreien Glas zerspringen lassen konnte und durch das Schlagen seiner Blechtrommel Naziversammlungen sprengte, ein im Grunde unbewusster Antifaschist. Grass mischte sich auch in die bundesdeutsche Politik ein, oft in guter Absicht, häufig illusionär, z. B. wenn er Brandts Wort „mehr Demokratie wagen“ wörtlich nahm, während Brandt mit Berufsverboten dafür sorgte, dass ein Kommunist nicht Briefträger werden konnte. Der Politiker Grass bot Angriffsflächen und Möglichkeiten der Zustimmung gleichermaßen. Und nun überschlagen sich alle sogenannten Größen der bundesdeutschen Kultur und Politik, Grass die schönsten geistigen Blumengebinde hinterher zu werfen. Der Verlogenheit sind hier keine Grenzen gesetzt. Versteckt findet man die Meldung, Grass habe noch in diesem März der spanischen Zeitung „El Pais“ ein Inter-

view gegeben: „Es droht ein dritter großer Krieg.“ Das wollen die Kriegstreiber nicht hören und so stellt man die Mahnung als das Gebrummel eines schwachsinnigen Greises hin. Die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges halten viele Alte nach den Erfahrungen zweier Kriege für unglaublich, viele Junge für unvorstellbar. Man überlege sich, was gerade wir Deutschen nach der Zerstörung der primitivsten Lebensgrundlagen nach der Niederlage der Naziwehrmacht alles für unmöglich hielten: Niemals würde ein Deutscher wieder ein Gewehr in die Hand nehmen. Adenauer musste lügen, er habe den US-Amerikanern niemals deutsche Soldaten angeboten. Und als die deutschen Soldaten nicht mehr zu übersehen waren, verkaufte man sie uns als eine Art Spielzeugsoldaten, nur zur Verteidigung der Landesgrenzen, damit nie wieder ein Schuss falle. „Nun siegt mal schön“, gab Bundespräsident Heuss den Soldaten mit auf den Weg ins Manöver. Während noch gerade der Weg zum Anschluss der DDR bereitet wurde, hieß es, von

deutschem Boden werde nie wieder Krieg ausgehen.

Es folgte die vom Kanzler Schröder eingestandenermaßen völkerrechtswidrige Bombardierung Belgrads, die dritte in einem, dem zwanzigsten, Jahrhundert. Inzwischen standen und stehen deutsche Soldaten in vielen Teilen der Welt und in der Ukraine mischen wir uns tüchtig ein, schließlich haben ja schon Hindenburg und Hitler diese Kornkammer Deutschlands ausgebeutet. Kein Krieg ohne Deutschland könnte die politische Parole inzwischen lauten.

Kriegsgründe haben sich bisher jedes Mal gefunden. Deutschland war wirtschaftlich zum Riesen geworden und da konnte es doch nicht ein politischer Zwerg bleiben. So hat sich die Situation nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg wieder entwickelt. Oskar Matzerath hat allen Grund die Trommel zu rühren. Es gibt allerdings bessere Formen, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen, wie etwa die Ostermärsche wieder gezeigt haben. Klaus Mewes

Von Schweden in die Schweiz - Radler werben für Eritrea

In Hannover und zuletzt Kassel wurden sie durch Vertreter der Stadt empfangen, in Gießen nicht.

Worum geht es ihnen? Die Eritreer wollen in Frieden leben. Sie brauchen kein Militär zum Selbstzweck, sie sind nicht glücklich über die Notwendigkeit, einen Militärdienst von drei Jahren (und mehr) abzuleisten.

„Das Ziel dieser Radtour ist es, zur sofortigen und bedingungslosen Umsetzung des Schiedsspruchs der Grenzkommission (EEBC) für Eritrea und Äthiopien und zum Ende der seit 15 Jahren andauernden illegalen Besetzung eritreischen Gebietes durch Äthiopien aufzurufen.“

Es geht zunächst ausschließlich um die Anerkennung des im Jahre 2000 in Algier unterschriebenen Friedensabkommens. Damit sollten die blutigen Kriegshandlungen zwischen Äthiopien und Eritrea eingestellt werden. Nun wird dieses Abkommen von vielen Seiten missachtet bzw. torpediert. Um diese Nichtbeachtung des Vertrages scheinbar zu legitimieren und ein

moralisches Mäntelchen überzustülpen, wird die Hetze gegen Eritrea



durch die Meinungsindustrie fortgesetzt.

Dieses arme Land braucht Ruhe und Frieden. Hilfsorganisationen wie Medcare und Archemed haben dies erkannt und helfen selbstlos auf medizinischem Gebiet.

Um die Menschenrechte weiter zu entwickeln, unternimmt die Regierung gerade im Bereich der Bildung und medizinischen Versorgung mit wenig Mitteln alles ihr mögliche. Mit Stolz wird verwiesen auf:

Die Kindersterblichkeit hat sich um zwei Drittel reduziert und die Mütter-

sterblichkeit um 75%. Malariaerkrankung und -sterblichkeit ist um 85% bzw. um 90% gesunken. Die HIV/AIDS-Verbreitung ist mit 0,93% die geringste in Afrika. Gegenwärtig wurde Eritrea von der WHO als poliofreies Land erklärt.

Zu ergänzen ist das gesetzliche Verbot der Beschneidung von Mädchen und Frauen.

Da kein Vertreter der Stadt anwesend war, habe ich es mir nicht nehmen lassen, ca. 170 Anwesende zu begrüßen. Dabei habe ich mein Bedauern darüber

ausgedrückt, dass unsere Universitätsstadt die genannte Gruppe Ausländer dermaßen missachtet wie sonst nicht üblich. Michael Beltz



Kobane ist frei!

Wieder ein Beispiel für die allgemeine Wahrheit: "Ein einzig Volk kann man nicht besiegen!" Nach 134 Tagen heldenhaftem Kampf befreiten die kurdischen Volksverteidigungs- (YPG) und Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) Ende Januar die Stadt Kobane in Rojava von den faschistischen Terrorbanden des so genannten "Islamischen Staates".

Das war ein Sieg des waffentechnisch unterlegenen, aber moralisch überlegenen kurdischen Befreiungskampfes in Einheit mit einer weltweiten Solidaritätsbewegung. Rojava (Südkurdistan/Syrien), steht für den derzeit fortgeschrittensten Kampf für Demokratie und Freiheit. Die demokratische Selbstverwaltung fördert das friedliche Zusammenleben aller Volksgruppen. Rojava ist ein Vorreiter in Sachen Frauenrechte, fördert den Umweltschutz und die Lösung der sozialen Fragen.

Jetzt muss Kobane wieder aufgebaut werden. Die Stadt wurde zu 80% zerstört, 200.000 Einwohner waren geflohen. Noch immer können die meisten nicht zurück, weil es am Notwendigsten fehlt. Es ist skanda-



lös, dass die Bundesregierung bisher keinerlei Wiederaufbauhilfe leistet, obwohl sie sich überall in der Welt als großer Kämpfer für Menschenrechte und Entwicklung aufspielt. Gerade die kurdische Arbeiterpartei PKK, die an vorderster Front gegen den IS kämpft, die zehntausenden Jesiden das Leben rettete, steht nach wie vor auf der "Terrorliste" von EU und USA. Und das in einer Zeit, in der die PKK der türkischen Regierung Friedensgespräche angeboten hat, um die gewalttätigen Auseinandersetzungen zu beenden.

Das Gießener Kurdistan-Solidaritäts-Bündnis (KSG) lädt ein über dieses Thema die Diskussion zu führen (s.S.8).

Hände weg von Rojava! Freiheit für Kurdistan! Aufhebung des PKK-Verbots!
Stefan Walther

70. Jahrestag der Befreiung Buchenwalds

Auch Gießener Genossinnen und Genossen nahmen an den Gedenkfeierlichkeiten im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar teil. Anlässlich des 70. Jahrestages der Selbstbefreiung am 11. April 1945 schilderten Überlebende in bewegenden Worten, wie sie das



Grauen erlebt hatten. Gemeinsam mit den vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gedachten sie der etwa 56.000 Opfer. Angesichts des Wiedererstarkens von Faschismus und Fremdenfeindlichkeit mahnten sie, dass der Schwur von Buchenwald aktueller denn je ist:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“
Rainer Grabowski

Leserbrief

Mangelernährung fordert jedes Jahr 1 Million Kinderleben. Das bedeutet, dass alle 30 Sekunden ein Kind daran stirbt. Dies geschieht im Zusammenhang mit Krieg, religiöser Verfolgung, Ausbeutung und Gewalt. So sind die Menschen gezwungen, unter barbarischen Bedingungen und zu Zigtausend in das ach so reiche Europa zu flüchten. Sie werden unter katastrophalen Bedingungen von kriminellen Schlepperbanden (Mördern) über/in das Mittelmeer „befördert“, da Europa sich als Festung gestaltet. Beim Kentern findet so gut wie keine Hilfe statt. Tausende von toten Flüchtlingen gibt es bereits, die qualvoll gestorben sind. **All dies wäre unnötig:** Kein einziges Kind müsste (ver)hungern! Die Welt könnte doppelt soviel Menschen spielend ernähren als die, die zurzeit (etwa 7,3 Mrd.) hier wohnen. Voraussetzung wäre, dass die Chicagoer Börse nicht mit Nahrungsmitteln spekuliert und die Rüstungsspirale gestoppt wird. Viele reagieren mit Rassenhass oder beklaun und schlagen sich aus Armut und Wut zunehmend gegenseitig. Humanität und Kapitalismus sind unvereinbar!
Uwe Moldenhauer



news.dkp.de / dkp-giessen.de

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, Hoffnungs-Str. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Redaktionsschluss für Juni-Echo: Mi., 27.5.2015

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de

Im Internet: www.dkp-giessen.de
Ich möchte:
O das Gießener Echo abonnieren
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:.....

.....

e-mail:

DGB-Aktion zum 8. Mai

Der DGB Kreisverband Gießen, plant für den 8. Mai 2015 ab 18:00 Uhr einen Mahn- und Gedenktag (Start am Bahnhofsvorplatz, Ende am DGB Haus). Anlass ist der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus. Weitere Einzelheiten folgen.

“PKK - Verbot aufheben!”

Diskussionsveranstaltung mit Vertretern von Rote Hilfe, Linkspartei, MLPD und KSG
am Donnerstag, dem 21. Mai, um 19.30 Uhr, im Kerkrade
Zimmer der Kongresshalle Gießen



Programm und Infos hier: www.festival-der-jugend.de

Konkrete Solidarität mit Cuba *** Arbeitsbrigade José Martí ***

45. Europäische Arbeitsbrigade „José Martí“ vom 4. bis 25. Juli 2015
Die Brigade bietet die Möglichkeit, Kuba und seine Geschichte kennen zu lernen, Freundschaften mit Menschen aus Kuba und aller Welt - insbesondere Europa - zu schließen und sich über die Lebensbedingungen der jeweiligen Länder auszutauschen.

Teilnahmevoraussetzungen: Bereitschaft, in einem Kollektiv selbst organisiert und solidarisch zu leben und zu arbeiten. Gute Gesundheit, Neugierde und Offenheit für Unbekanntes, Toleranz. Mindestalter 16 Jahre, ein Höchstalter gibt es nicht.

Unterbringung im Campamento Julio Antonio Mella.

Hier kommen rund 200 meist junge Menschen aus vielen (west)europäischen Ländern zusammen. Verständigungsprobleme gibt es im Prinzip nicht – auch ohne Fremdsprachenkenntnisse können sich die Brigadista verständigen!

Preis und Leistungen. Im Preis von 1.600,00 Euro sind folgende Leistungen enthalten: Drei Wochen Unterkunft und Verpflegung im Campamento, Flug von Deutschland nach Cuba und zurück einschl. Transfer zwischen Flughafen und Camp, Gebühren für Brigadevisum, Reisekrankenversicherung, Kulturveranstaltungen im Camp, Begegnungen mit Repräsentanten Kubas, Reise in eine Provinz mit Übernachtungen, Vorbereitungstreffen (inklusive Frühstück und Übernachtung, ausgenommen Anreise zum Ort des Treffens und Abendessen), Organisation durch die Geschäftsstelle der FG BRD – Kuba e.V., weitere Einzelheiten:
<http://www.fgbrdkuba.de/reisen/kuba-brigade.php>



Widerstand gegen Hartz IV montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren

Und wir bitten um Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75
5135 0025 0000 1930 70**

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN
GRATIS!
junge Welt

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

